
Kein Staatsgeheimnis! Der Klima-Gebäude-Check

Was ist der Klima-Gebäude-Check?

Der Klima-Gebäude-Check von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und FragDenStaat schafft **mehr Transparenz zum Klimaschutz in öffentlichen Gebäuden**. Über die Online-Plattform fragdenstaat.de/kampagnen/klimacheck/ können alle Menschen die **Energieausweise von Rathäusern, Schulen & Co. abfragen**. Fast 30 Prozent von Deutschlands CO₂-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich – für die Raumwärme benötigt die öffentliche Hand so viel Energie wie 2,5 Millionen Haushalte.

Beim Klimaschutz in Gebäuden müssen **Bund, Länder, Städte und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen**. Sie müssen ihren **Energiebedarf senken** und gleichzeitig **weniger klimaschädliche Emissionen produzieren**. Mehr Informationen finden Sie in unseren FAQ: www.duh.de/klima-gebaeude-check

Ohne Plan in den Kollaps – Klimaschutz im Gebäudebereich

Seit Jahren passiert beim **Klimaschutz im Gebäudebereich viel zu wenig**. Die Pariser Klimaziele verpflichten Deutschland zu einem nahezu klimaneutralen Gebäudebestand 2050. Die Politik duckt sich weg: Das **Gebäudeenergiegesetz friert** deutlich zu **niedrige Sanierungsstandards ein**; statt klimafreundlichem Jobmotor sind **bestehende Förderprogramme nur Tropfen auf den heißen Stein**.

Um die Klimaziele zu erreichen, braucht es für den Neubau mindestens den KfW-Effizienzhaus-40-Standard und für den Bestand den KfW-Effizienzhaus-55-Standard.

Die DUH fordert deshalb, dass Bund, Länder und Kommunen bis Mitte 2021 konkrete Sanierungsfahrpläne und gültige Energiebedarfsausweise für alle öffentlichen Gebäude vorlegen.

Die große Unbekannte: Energieeffizienz öffentlicher Gebäude

Die **Datengrundlage** zur Energieeffizienz öffentlicher Gebäude **ist schlecht**. Das liegt unter anderem an der Dualität der Energieausweise: **Es gibt Verbrauchs- und Bedarfsausweise**. Der **Bedarfsausweis** ist für die Bewertung der energetischen Qualität eines Gebäudes **besser geeignet**, weil er den energetischen Zustand eines Gebäudes wiedergibt, unabhängig vom Verhalten der Nutzer*innen. Deshalb fordert die DUH die **Abschaffung des Verbrauchsausweises**. Außerdem muss es ein **öffentliches Register mit allen Energieausweisen öffentlicher Gebäude** nach dänischem Beispiel geben. So wird transparent, wo Energie und Steuergelder verheizt werden.

Kontakt:

Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin
0170 7686923, metz@duh.de

DUH-Pressestelle:

Matthias Walter, Marlen Bachmann, Thomas Grafe
030 2400867-20, presse@duh.de